

Haben Sie Probleme mit der Darstellung? [Öffnen Sie meinen Newsletter in Ihrem Browser!](#)



Bremse für Banker-Boni

Diese Woche ging es in Straßburg heiß her: die deutsche und die spanische Delegation haben sich zum gemeinsamen Fußballgucken im Fraktionssaal verabredet. Die gute Nachricht: es ist alles friedlich geblieben. Die schlechte Nachricht kennen Sie schon - wenden wir uns lieber den anderen heißen Themen dieser Plenarwoche zu.

Bonuszahlungen für Banker

Die Zeiten unverhältnismäßiger Bonuszahlungen sind bald vorbei: das Europäische Parlament hat am Mittwoch einen entsprechenden Bericht verabschiedet, wonach Banken ab 2011 die Prämien ihrer Manager an deren Grundgehalt koppeln müssen. Nach der neuen Regelung dürfen nur noch bis zu 30 Prozent in bar ausgezahlt werden. Die restliche Summe kann zurückgehalten werden, damit nur der langfristige Erfolg belohnt wird. Im Fall von Verlusten können Boni auch zurückgefordert werden.



Bremse für Boni: Das EU-Parlament will Bonuszahlungen begrenzen
(Foto: Fotolia)

Die EU hat damit ab dem kommenden Jahr eine der weltweit strengsten Regelungen für Bonuszahlungen. Meiner Meinung nach mussten wir an das Prämiensystem heran, um einen Bewusstseinswandel in der Branche zu befördern. Das bisherige System hat Risikofreude über Gebühr belohnt und zur aktuellen Krise beigetragen. Wir sollten uns aber nichts vormachen: schwarze Schafe wissen schon jetzt, wie sie diese Regelung umgehen können. In einem zweiten Schritt brauchen wir daher eine effektivere EU-Finanzaufsicht - Bankengeschäfte stoppen eben nicht an Ländergrenzen. Ich hoffe, dass wir hier noch zu einer Einigung mit dem Rat kommen. Mehr zum aktuellen Stand der Finanzmarktreform lesen Sie übrigens auch in der druckfrischen Europapost, meinem Print-Newsletter, den Sie sich [hier als PDF anschauen können](#).

[nach oben](#) ↑

Inhalt

11. 7. 2010

- Bonuszahlungen für Banker
- Abstimmung über SWIFT
- Mehr Rechte für Schiffsreisende

Meldungen

Industrie braucht Rechtssicherheit bei Auslandsinvestitionen

Kritik an Neubewertung bilateraler Investitionsabkommen durch EU-Kommission

Airbus-Darlehen schaffen Wettbewer

WTO veröffentlicht Abschlussbericht der US-Klage gegen Flugzeughersteller Airbus

G20: Freihandel ist der beste Wachstumsmotor

Caspary: G20-Regierungschefs müssen Fahrplan für Doha-Verhandlungen vorlegen



Termine

10. Juli CDU BV: Bezirksparteitag

16. Juli JU LV: 40 Jahre JU Baden-Württemberg

16. Juli Nominierung Landtagswahlkreis FDS

18. Juli CDU Stadtverband Rheinstetten: Politischer Frühschoppen

Abstimmung über SWIFT

Für viele Beobachter war es eine Überraschung, als das EU-Parlament im Februar das [SWIFT-Abkommen ablehnte](#). Die Bürgerkammer hat damals zum ersten Mal von ihren neuen Rechten Gebrauch gemacht und den Bankdatenaustausch mit den USA aus Datenschutzgründen gestoppt. Nun ist das Leben so beschaffen, dass alles irgendwie wiederkommt (nicht nur Niederlagen gegen Spanien im Fußball) und so hatten wir das umstrittene Abkommen diese Woche wieder auf der Agenda.



Neues von SWIFT: Europa will künftig selbst Datentransfers überwachen
(Foto: EP)

Die EU-Kommission hat neu verhandelt und im zweiten Anlauf einen guten Kompromiss erreicht: die USA dürfen zur Terrorismusbekämpfung wieder europäische Kontodaten anfordern - allerdings nur möglichst kleine Datensätze und nur bei begründetem Verdacht. Europol muss sich mit jedem Datenaustausch einverstanden erklären. Außerdem soll innerhalb der nächsten fünf Jahren ein vergleichbares Fahndungssystem in Europa aufgebaut werden, um so die Datenübermittlung mittelfristig unnötig zu machen.

Das neue Abkommen gibt uns die Möglichkeit, den internationalen Terrorismus dort zu bekämpfen, wo es weh tut - beim Geld. Und das, ohne europäisches Datenschutzrecht auszuhöhlen. Mit mir haben 484 Kollegen für das Abkommen gestimmt, nur wenige Stunden später hat auch der Deutsche Bundestag grünes Licht gegeben.

[nach oben](#) ↑

Mehr Rechte für Schiffsreisende

Schiff ahoi - es tut sich was für Passagiere von Schiffsreisen. Bei Verspätungen von über 90 Minuten steht ihnen künftig eine finanzielle Entschädigung sowie eine kostenlose Mahlzeit und ein Getränk zu. Legt das Schiff gar 90 Minuten zu spät ab, soll der Fahrpreis erstattet werden. Bei längeren Verzögerungen muss das Schiffsunternehmen für maximal drei Übernachtungen aufkommen oder eine alternative Transportmöglichkeit anbieten. Es gibt eine Ausnahme - und die ist wichtig: kleine Boots- und Schiffsunternehmen fallen nicht unter die neue Regelung.



Zu Lande, zu Wasser und in der Luft: die EU stärkt die Rechte von Reisenden
(Foto: Fotolia)

Auch Busreisende möchte das EU-Parlament den Rücken stärken - hier kam es bislang jedoch nicht zu einer Einigung mit dem Rat. Strittig sind noch der Geltungsbereich der Verordnung, Haftungs- und Entschädigungsfragen, die Rechte von Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie die Umsetzbarkeit von Beschwerden. Wir möchten, dass Reisende, vor allem auf

23. Juli Wirtschaftsrat der CDU
Sektion Karlsruhe: Mittagsrunde

23. Juli Wahlkreistermine mit Viktoria Schmidt

[Mehr Termine im Kalender](#)

Twitter

Industrie braucht Rechtssicherheit bei Auslandsinvestitionen. Kritik an der EU-Kommission:
<http://tinyurl.com/3yd4e5k> #INTA #EP #BIT #FDI

[Folgen Sie mir auf Twitter](#)

Weiterleiten

Kennen Sie jemanden, den dieser Newsletter interessieren könnte?
[Leiten Sie ihn doch weiter!](#)

Verwalten

Wollen Sie den Newsletter nicht mehr erhalten? [Tragen Sie sich hier aus!](#)
Wollen Sie Ihre Einstellungen ändern?
[Hier geht es lang.](#)

langen Busreisen, bei großen Verspätungen, Annullierungen oder Gepäcksverlust ein Recht auf Schadensersatz haben. Gleichzeitig muss auch hier die wirtschaftliche Existenz kleiner Betreiber gewährleistet und die Besonderheiten des Sektors berücksichtigt werden.

Sollten Sie den Sommer eine Schiffsreise geplant haben, müssen Sie leider noch auf die erweiterten Schutzrechte verzichten: die EU-Verordnung gilt erst ab Herbst 2012 und muss noch in nationales Recht umgesetzt werden.

[nach oben ↑](#)

Daniel Caspary MdEP | Belchenstraße 27 | 76297 Stutensee | Tel: 0721 / 3848010 | Email: europamail@caspary.de

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich über meine Webseite oder bei einem Besuch im Parlament mit Ihrer Emailadresse [email address suppressed] dafür angemeldet haben. Kein Interesse mehr? [Tragen Sie sich mit nur einem Klick wieder aus!](#)